Datum: 26.01.2014

SonntagsZeitung

Online-Ausgabe

SonntagsZeitung
8021 Zürich
044/ 248 40 40
www.sonntagszeitung.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 91'000
Page Visits: 169'691

Online lesen

Themen-Nr.: 141.10
Abo-Nr.: 1081968

Aus der aktuellen Ausgabe

Angst vor «Kahlschlag» bei Pfarrern

Kanton Bern streicht 30 Jobs. Kirchen warnen vor Abbau beim Service public

von Denis von Burg

BERN
In den Berner Kirchen herrscht Aufruhr. Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) plant, 30 Pfarrstellen zu streichen. Von «Entvölkerung der Pfarrhäuser» in ganzen Landstrichen ist in Kirchenkreisen die Rede. In einem internen Schreiben des Evangelisch-reformierten Pfarrvereins werden kirchliche Verteilkämpfe um Pfarrstellen vorausgesagt und ein «weder kirchlich noch theologisch zu rechfertigender Aufgabenabbau » kritisiert. Schon geht das Wort «Kahlschlag» um.

Die Abbaupläne von Neuhaus sind Teil eines kantonalen Sparpakets, das für die Kirchen ursprünglich wesentlich moderater auszufallen schien. Jetzt aber müssen fünf statt zwei Millionen Franken gespart werden. Weil das Kirchenbudget praktisch nur aus Personalausgaben besteht, fallen allein bei der dominierenden Evangelisch-reformierten Kirche 25 Vollzeitstellen weg. Der Rest wird bei den kleinen römisch- und christkatholischen Kirchen eingespart.

Die 30 Stellen sind weniger als 10 Prozent der über 300 reformierten Pfarrstellen im Kanton - doch weil die Pfarrer-Garantien für kleine Kirchgemeinden aufgehoben werden sollen, werden viele Kirchgemeinden auf dem Land ihren eigenen Pfarrer verlieren. Sie müssen sich Kirche und Pfarrhaus mit Nachbargemeinden teilen. Inoffizielle Szenarien gehen davon aus, dass sich im Emmental, Seeland oder im Berner Oberland die Anzahl eigenständiger Kirchgemeinden halbieren wird.

Andreas Zeller, Präsident des Synodalrates, warnt vor «massiven sozialen Folgen, wenn mit den Kirchgemeinden auch noch der letzte Service public wegfällt, nachdem Post und Dorfläden schon zugegangen sind». Die Kirchen verlangen von Neuhaus «mehr Zeit und eine Umsetzung der Sparpläne, die den Kahlschlag auf dem Land verhindert».

Der Regierungsrat kann die Personalpolitik der Gotteshäuser bestimmen, weil im Kanton Bern die Pfarrer aus der Staatskasse und nicht aus der Kirchensteuer bezahlt werden. Jetzt fürchten die Kirchen, der klamme Kanton werde sich weiter oder gar ganz aus der Finanzierung zurückziehen. Derzeit arbeitet die Regierung an einem Bericht über die Kirchenpolitik - inklusive eines Gutachtens, wonach in Bern die Kirchen doppelt so teuer seien als im Schweizer Durchschnitt.

Die Gotteshäuser werden zum Politikum. Bereits planen Kirchgemeinden für die anstehenden Kantonswahlen Veranstaltungen, bei denen sie Gross- und Regierungsratskandidaten zur Kirchenfinanzierung befragen wollen.

Publiziert am 26.01.2014